

06
18

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden



EDITORIAL

von Sebastian Schindler

„Ja, ist denn schon wieder Wahlkampf? Man sieht so viel von den LINKEN.“ Diese Frage habe ich in den letzten Wochen einige Male gehört. Kein Wunder, schließlich sind wir seit Monaten mit mehreren Veranstaltungsplakatierungen und unzähligen Infoständen auf Dresdens Straßen präsent. Ich erkläre dann immer, dass wir auch zwischen den Wahlen für die BürgerInnen ansprechbar sein wollen. Stimmt ja auch. Mindestens einmal jährlich laden die StadträtInnen in ihren Wahlkreisen zu Bürgersprechstunden ein. Jedes Jahr zum Kindertag organisieren mehrere Ortsverbände Kindertagsveranstaltungen. Wir sind auf Stadtteilfesten und Demonstrationen präsent. Seit Anfang letzten Jahres stehen wir (fast) jeden Freitag auf Dresdens größtem Wochenmarkt an der Lingnerallee. Einmal monatlich ist unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping in Dresden unterwegs, zuletzt mit einer Veranstaltung zu Kinderarmut in Dresden-Gruna. Und seit einigen Wochen machen unsere Neumitglieder, die sich in der Gruppe DIE NEUE organisiert haben, regelmäßige Infostände am Freitagnachmittag auf der Prager Straße.

Die Dresdner LINKE ist stark und aktiv, und das liegt an den vielen Händen die mit anpacken, den Köpfen, die mitdenken und – als Schatzmeister sei es mir erlaubt – den SpenderInnen, die das ganze finanziell absichern. Im Namen des Stadtverbandes möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bei allen bedanken, die in den letzten Monaten beim Plakatieren, Organisieren, Planen und bei der Standbetreuung geholfen oder DIE LINKE finanziell unterstützt haben. Ohne euch würde es nicht funktionieren!

Auch in der zweiten Jahreshälfte sind wieder viele Aktionen in Planung. Wenn du mitmachen und mithelfen möchtest, melde dich gerne in der Stadtgeschäftsstelle, wir würden uns freuen!

Sebastian Schindler ist
Schatzmeister im Stadtverband
DIE LINKE. Dresden und
Mitarbeiter der Stadtratsfraktion

Soziale Spaltung stoppen

von Katja Kipping

In einigen Zeitungsartikeln wurde eine Frage der frisch gewählten Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, zitiert: „Warum ist die Arbeit von Menschen, die zum Beispiel Autos herstellen, wertvoller als die Arbeit von Menschen, die andere pflegen?“ Mit dieser so klaren Frage hat Frau Bentele direkt eine der großen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft angesprochen.

DIE LINKE hat vor einiger Zeit eine Kampagne gegen den Pflegenotstand gestartet. Wir fordern 100.000 zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern und 40.000 zusätzliche in der Altenpflege. Zudem setzen wir uns für einen Branchenmindestlohn in der Altenpflege von 14,50 Euro ein. Mit dieser Kampagne geht uns darum, den Druck auf die Regierenden zu erhöhen. Denn eins ist wohl klar: Die im Koalitionsvertrag verabredeten 8.000 neuen Stellen bundesweit sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Der jüngste Verbandstag des VdK stand unter dem Motto: Soziale Spaltung stoppen. Das ist das absolut richtige Zeichen. Wenn wir über soziale Spaltung reden, dann beginnen wir oft damit, über Armut zu sprechen. Das ist auch richtig so. Immerhin ist die Armut kontinuierlich gestiegen. Über 13 Millionen leben mit einem Einkommen unterhalb der Armutrisikogrenze. Jede/r fünfte 67-Jährig/e wird 2036 von Altersarmut bedroht sein. Jedes fünfte Kind lebt mittlerweile dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Und Armut führt schnell zu Isolation, zu Vereinsamung.

Armut gilt es allerdings nicht nur zu bebauern, sondern entschieden zu bekämpfen. Armut wohl gemerkt, nicht die Armen! Deshalb brauchen wir soziale Garantien, die alle sicher vor einem Leben in Ausgrenzung und Armut schützen. Konkret bedeutet das:

Das Hartz-IV-Sanktionssystem durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro zu ersetzen. Das gesetzliche Rentenniveau zu erhöhen und innerhalb der Rente als unteres Sicherheitsnetz eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro einzuführen.

Und eine Kindergrundsicherung, wie sie von einem breiten Bündnis gefordert wird, soll allen Kindern Teilhabe garantieren. Denn jedes Kind hat das Recht auf einen guten Start ins Leben.

«Es ist an der Zeit über einen Höchstlohn zu sprechen. Wer seine Leute nicht ordentlich bezahlt, der hat auch kein Millioneneinkommen verdient.»

DIE LINKE.

www.katja-kipping.de

Das ARD Politmagazin Monitor veröffentlichte eine Studie, wonach die Regierung jährlich 25 Milliarden spart, weil sie die Hartz IV-Regelsätze kleinrechnet. 7,4 Millionen Menschen sind direkt von der Höhe der Hartz IV-Regelsätze betroffen, darunter zwei Millionen Kinder und eine Millionen arme Rentnerinnen und Rentner. Bei den Hartz IV Regelsätzen handelt es sich um das soziokulturelle Existenzminimum. Wir haben nachgerechnet: Würde man auf die Tricks verzichten, müsste der Regelsatz inzwischen bei 570 Euro liegen. Das Kleinrechnen des Regelsatzes ist also vor allem eins: Diebstahl bei Bedürftigen.

Armut und Reichtum

Wenn wir uns mit sozialer Spaltung auseinandersetzen, dann müssen wir jedoch auch über die andere Seite sprechen: den riesigen Reichtum einiger weniger. Und der extreme Reichtum einiger weniger hängt nun mal mit der Armut der vielen zusammen. Konzentrierter Reichtum in den Händen einiger weniger entzieht der Gemeinschaft Vermögen. Es entstehen Parallelgesellschaften zwischen den Vierteln, wo jeder Euro drei Mal umgedreht werden muss und denen der Reichen und Superreichen. Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass geschätzte 16 Prozent der Wirtschaftsleistung unseres Landes in Steuerparadiesen gebunkert werden. Aber wir müssen nicht nur an die Schwarzgeldkonten ran, sondern wir müssen die Vermögensschere schon ganz am Anfang

kappen. Denn ab einem gewissen Grade gerinnt großer Reichtum direkt in politische Macht. Um es deutlich zu sagen: Nachdem wir den Mindestlohn erkämpft haben, ist es an der Zeit über einen Höchstlohn zu sprechen. Um diese notwendige Debatte anzuschieben, mache ich zwei konkrete Vorschläge: 1. Jeder Manager und jedes Aufsichtsratsmitglied darf nicht mehr als das 20fache dessen bekommen, was die unterste Lohngruppe im Unternehmen bekommt. Innerhalb eines Unternehmens sollte die Spreizung also nicht mehr als das 20fache betragen. Wer seine Leute nicht ordentlich bezahlen kann, hat auch keine Millioneneinkommen verdient.

2. Und innerhalb der Gesellschaft eines Landes sollte die Spreizung nicht mehr als das 40fache betragen. Nehmen wir mal an, das gesellschaftliche soziokulturelle Existenzminimum liegt bei 1050 Euro im Monat. Dann würde das Maximaleinkommen bei rund einer halben Million im Jahr liegen.

Mir ist bewusst, dass solche Vorschläge Kontroversen hervorrufen. Doch wenn wir die soziale Spaltung stoppen wollen, heißt es, alle garantiert vor Armut zu schützen UND Reichtum zu begrenzen – und das zum Wohle aller. Denn wir wissen, Gesellschaften, in denen die Ungleichheit nicht so stark ist, sind glücklichere Gesellschaften – und sie sind auch die sichereren Gesellschaften.

Mit Marx oder über Marx?

von Martin Hilbig

Die Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag von Karl Marx sind in vollem Gange, viele bereits vorüber. Und auch die Veranstaltungen in Dresden feiern Bergfest. Zeit für eine kurze Zwischenbilanz. Von Seiten des Landes- und Stadtverbandes wurden alle Veranstaltungen infrastrukturell und gestalterisch toll unterstützt. 20 bis 30 Menschen besuchten diese jeweils. Unser Konzept, mit verschiedenen Veranstaltungen an verschiedenen Orten unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen, ging gut auf. Bei jeder Veranstaltung sah man zur Mehrheit in neue Gesichter. Kurz möchte ich diese hier für alle, die nicht teilnehmen konnten, zusammenfassen: Die Auftaktveranstaltung stellte die Frage nach der Bedeutung von Marx in der Partei DIE LINKE heute. Katharina Doll aus der Antikapitalistischen Linken verwies auf die Bedeutung von Klassenkämpfen in der heutigen Gesellschaft und die Notwendigkeit für die Linke, darin Partei zu ergreifen. Regierungsbeteiligungen könnten dies möglicherweise behindern. Der sächsische Linksfractionsvorsitzende Rico Gebhardt begann mit der Feststellung, dass Teile des Marxschen Denkens erneuert werden müssten. So solle man beispielsweise humanitäre Interventionen der Kirche wie das Kirchenasyl respektieren und unterstützen. Als parlamentarische Partei müsse man, wenn man beispielsweise eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern könne, regierungsbereit sein. Ellen Brombacher als Vertreterin

der Kommunistischen Plattform eröffnete mit der Darstellung der Folgen der Abwertung der Ware Arbeitskraft. In ihrer Abschlussrede wies sie auf die Bedeutung der Friedensfrage als Gemeinsamkeit der revolutionären und reformerischen Linken hin. Stadtvorsitzender Jens Matthis wies auf die Bedeutung dialektischen Denkens gerade in innerparteilichen Debatten hin. Regierungsbeteiligungen seien letztendlich nur aus der konkreten Situation heraus zu bewerten und nicht generell abzulehnen oder anzustreben. Aus dem Publikum wurde von vielen Diskutierenden die Entfernung der Partei von marxistischen Positionen und die Einrichtung in den gegebenen Verhältnissen kritisiert. Sozialistische Ansätze der DDR würden heute nicht hinreichend ernst genommen.

In der zweiten Veranstaltung versuchte ich durch die Analyse der Kryptowährung „Bitcoin“ grundlegende Aspekte marxistischen Argumentierens an einem modernen Thema zu illustrieren. Kernthese war, dass sich der Bitcoin als Geld nicht anders entwickelt habe als moderne Währungen und daher auch grundlegende Widersprüche des Kapitalismus nicht überwinden könne. Auch den Staat könne er nicht in Frage stellen, da der Staat gerade die Widersprüche gewaltsam miteinander vereine, welche auch dem Bitcoin zu Grunde liegen. Der Bitcoin eigne sich jedoch als gute Analogie zum Kapitalismus, da sein Wert grundlegend auf sinnloser, unter-

schiedsloser und umweltzerstörender Arbeit beruhe, auch wenn die durch Computer erledigt würde. In der Diskussion wurde dann vielfältig über Alternativen zur Geldwirtschaft und die prinzipielle Möglichkeit, den Kapitalismus menschenfreundlich zu gestalten diskutiert.

In der dritten Veranstaltung stellte Dr. Alexandra Scheele-Baer ihre Anthologie zu „Marxismus und Feminismus“ vor. Sie ging auf die verschiedenen marxistischen, neomarxistischen und poststrukturellen Theorien ein, welche sich noch positiv auf Marx beziehen. In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, ob moderne Analysemodelle, welche nicht mehr den Klassenantagonismus zu Grunde legen, sondern auf Basis anderer Kategorien wie Gender oder kolonialer Hintergrund, nicht zeitgemäßer seien. In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass die Gemeinsamkeit vieler

feministischer Strömungen mit Marx die Perspektive der menschlichen Emanzipation sei, die Grundannahmen jedoch sehr verschieden sind

Wurde nun mit Marx oder über Marx gesprochen? Wie in einer breitgefächerten linken Partei nicht anders zu erwarten, wurden beide Zugänge gewählt. Dabei scheint das Alter wesentlich für die Zugangsart zu sein. Während die älteren Genoss*innen ihre Gesellschaftsanalyse eher auf Marxsche Grundlagen stützten, interessierte sich das jüngere Publikum für Marx als einen Theoretiker unter vielen. Der Trend geht weg von der Klasse hin zur Multitude, weg von der revolutionären Perspektive hin zu emanzipatorischen, weg vom marxistischen Kategorien als gemeinsamer Diskussionsgrundlage hin zum analytischen Pluralismus. Unsere Analyse der Gesellschaft wird dadurch breiter, aber nicht tiefer.

Doppelvortrag

„Lohn, Preis, Profit“ & „Arbeit, Aktien, Ausbeutung“ bei Karl Marx

„Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang seines variablen Bestands bestimmt ist, fällt sie also in wachsendem Maßstab mit dem Wachstum des Gesamtkapitals, statt, wie vorhin unterstellt, verhältnismäßig mit ihm zu wachsen. Sie fällt im Verhältnis zur Größe des Gesamtkapitals und beschleunigt im Verhältnis zum Wachstum dieser Größe.“

Dieses Zitat stammt aus „Das Kapital“ von Karl Marx. Was bedeutet dieses eigentlich und hat er damit Recht? Bei dieser Veranstaltung wollen wir mit euch „Lohn, Preis, Profit“ von Marx diskutieren und uns auch überlegen warum Siemens seine Werke schließt und wieso es im Kapitalismus eigentlich nur um Profit geht?

Vorträge mit **AktivistInnen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend** und **Marcus** vom Sozialistischen-Demokratischen Studierendenverband SDS

Dienstag, 12. Juni, 18 Uhr | Roter Renner | Rud.-Renner-Str. 49

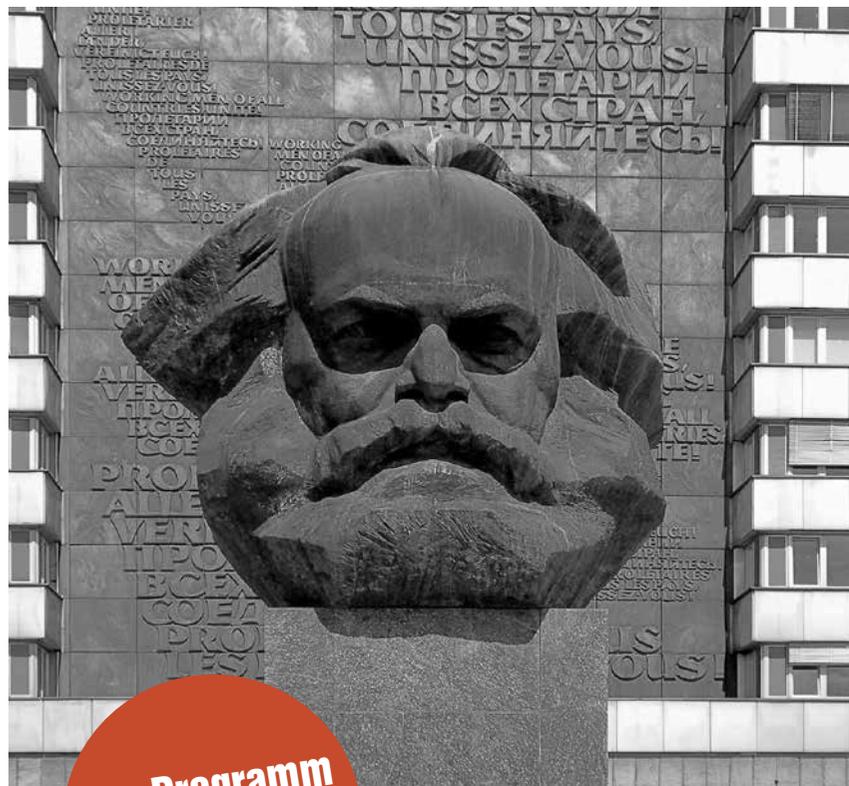
Diskussion

„Wie kommen wir zur befreiten Gesellschaft?“

Das Ziel einer ‚befreiten Gesellschaft‘ und der Anspruch einer emanzipatorischen politischen Praxis verbindet verschiedenste linke Strömungen und heterogene Spielweisen von Marxismus, Sozialismus und Anarchismus. In der Frage, wie diese abstrakten Begriffe mit konkreten Inhalten gefüllt werden und wie konkrete soziale, politische und ökonomische Praktiken und Kämpfe beschaffen sein müssten, um einem emanzipatorischen Anspruch gerecht zu werden, gibt es aber zahlreiche Differenzen und Konfliktfelder. Wie sollen plurale ‚Assoziationen frei vergesellschafteter Individuen‘ (Marx), die ihre sozio-ökonomischen Beziehungen und ihre gesellschaftlichen Naturverhält-

nisse unter ihre gemeinsame bewusste Kontrolle bringen, überhaupt aussehen? Was wären die angemessenen Organisations- und Aushandlungsformen?

Welche technologischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen hätten diese und inwiefern lassen sich Ansatzpunkte für andere gesellschaftliche Beziehungen in den gegebenen kapitalistischen Formen der Vergesellschaftung finden? Welche Rolle können bürgerliche Formen des Politischen (Nationalstaat, Parteipolitik, bürokratische Verwaltung etc.) für emanzipatorische Kämpfe spielen, oder wären diese von vornherein auf ganz andere Organisationsprinzipien



Das Programm
im Marx-Jahr

www.dielinke-dresden.de

Vortrag und Diskussion „Prinzip Aufstand – Die Pariser Kommune 1871“

Wie kam es zum ersten sozialistischen Revolutionsversuch weltweit? Wie sahen die 72 Tage Herrschaft der vormals Unterdrückten aus? Was können wir heute von den spannenden Wochen in der französischen Hauptstadt lernen? Vortrag, Diskussion, samt Ausstellung und KommunardInnenwein.

Vortrag und Diskussion mit **Steve Hol-lasky**

Mittwoch, 30. Mai | 18 Uhr | Rösslstube
Friedrichstraße 37

angewiesen? Diese und andere Fragen sollen aus unterschiedlichen Perspektiven kontrovers diskutiert werden.

Diskussion mit **Tino** (Freie Arbeiter*innen- und Arbeiterunion Dresden FAU), **Thekla** (Freie Arbeiter*innen- und Arbeiterunion Dresden FAU) und **Sascha** (Sozialistische Alternative SAV)

Mittwoch, 06. Juni | 18 Uhr
Raum stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest: Aktuelle Infos unter
www.dielinke-dresden.de

links im bundestag

Plastikmüll sanktionieren?

„Der Vorstoß der EU zur Eindämmung des Plastikmülls ist begrüßenswert. Schaut man aber auf die Details, bleiben erhebliche Zweifel. Das Plastikmüllproblem lässt sich nicht durch Sanktionen bei Wattestäbchen und Strohhalmen lösen“, kommentiert Ralph Lenkert, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die Vorschläge der EU-Kommission zum Kampf gegen Plastikmüll.

„Verantwortlich für die dramatische Situation in den Weltmeeren ist eine Verpackungsindustrie und Logistik, für die es seit Jahrzehnten immer lukrativer wird, sämtliche Konsumgüter in Plastik einzupacken. Mit den Plänen für eine Plastiksteuer, bei der die Mitgliedstaaten rund 80 Cent pro Kilo nicht recyceltem Plastikabfall an die EU zahlen sollen, werden dann aber Steuerzahler anstatt die verantwortliche Industrie zur Verantwortung gezogen. Dass Gewinne immer privatisiert und die Schäden dann vom Steuerzahler getragen werden sollen, ist unerträglich.

Dass Plastik zu großen Teilen nicht recycelt wird, ist auch eine ökonomische und technische Frage. Wo Plastik mit Papier oder Metall verarbeitet wird, scheitern preiswerte Sortierungen. Das Problem lässt sich allein über Abgaben nicht lösen. Dabei hat die EU schon seit Jahren Instrumente parat. Über die Ökodesignrichtlinie hätte den Plastikverpackungen schon längst der Garaus gemacht werden können, über die Abfallrahmenrichtlinie wäre die Menge des Abfalls reduzierbar.

DIE LINKE fordert eine Ressourcenabgabe auf die Verwendung von Plastik, die der Hersteller zu zahlen hat. Wenn Verpackungen aus Plastik gegenüber möglichen Alternativen zu teuer werden, schwenken die Hersteller von ganz alleine um.“



Foto: tom Weber, pixelio.de

Rente ab 63: ein voller Erfolg

„Die vorgezogene und abschlagsfreie Rente ab 63/65 ist ein voller Erfolg, denn Menschen, die 45 und mehr Jahre in die Rente eingezahlt haben, können oft nicht mehr länger arbeiten und haben sich ihren Ruhestand redlich verdient. Das kann auch die tendenziöse und vor Fehlern strotzende Berichterstattung der ‚Bild‘-Zeitung nicht verschleiern. DIE LINKE fordert eine Rückkehr zur Rente ab 65 ohne Wenn und Aber“, kommentiert Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, einen Bericht der BILD-Zeitung, der suggeriert, dass die Kosten für die frühere abschlagsfreie Rente enorm angestiegen seien.

Matthias W. Birkwald hat dazu den Faktencheck gemacht: „Bei der Rente ab 63/65 („Rente für besonders langjährig Versicherte“) handelt sich um eine abschlagsfreie Altersrente, die man nach 45 Versicherungsjahren in Anspruch nehmen kann. Ab dem Jahrgang 1952 besteht seit 1. Juli 2014 die Möglichkeit, diese Rente bereits mit 63 Jahren zu erhalten. Vorher konnte man ab 65 abschlagsfrei in Rente gehen.

Der Jahrgang 1955 kann aber nicht mehr mit 63 in die abschlagsfreie Rente, sondern erst ab 63 und 6 Monaten. Pro Jahrgang verschiebt sich das Zugangsalter um zwei Monate. Ab Jahrgang 1964 wird aus der Rente ab 63

dann endgültig eine Rente ab 65. Von der Rente ab 63 zu sprechen ist deshalb ein glatte Fehlinformation, die viele ältere Zeitungsleserinnen und -leser, wenn sie denn ihren Antrag stellen wollen, sicherlich irritieren wird.

Gerade bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit ihren hohen Voraussetzungen sind nicht über mehrere Jahre aufsummierte Anträge („eine Million“) entscheidend, sondern die echten Zugänge (nach Bewilligung). In den Jahren 2014 bis 2016 gingen insgesamt 650.733 Menschen tatsächlich in diese Rentenart.

Diese beliefen sich im Jahr der Einführung

2014	auf 151.000
2015	auf 274.000
2016	auf 225.000.

Damit liegen die realen Zahlen nur knapp über den erwarteten 200.000 Menschen pro Jahr.

Übrigens: Zehn Prozent (70.000) der Beziehenden einer Rente ab 63/65 sind heute älter als 67, d.h. sie haben die Rente seit 2014 nicht vorzeitig bezogen und wären damit eh ohne Abschläge in die Rente für besonders langjährig Versicherte gegangen. Dass die Altersrente für besonders langjährig Versicherte so beliebt ist, liegt

auch daran, dass andere Wege in einen vorzeitigen Ruhestand weggefallen sind. Frauen konnten bis zum Jahrgang 1951 ab 60 in den Ruhestand gehen - allerdings mit hohen Abschlägen. Das gleiche galt für Arbeitslose und Beschäftigte in Altersteilzeit, die ab 63 Jahren mit Abschlägen in Rente gehen konnten. Diese Rentenarten sind weggefallen.

Monatsausgaben sind noch lange keine Mehrausgaben, die auf die Neuregelung von 2014 zurückzuführen wären. Viele dieser Rentnerinnen und Rentner hätten auch schon nach dem alten Recht eine vorgezogene Altersrente bezogen, allerdings mit Abschlägen. Nur die Kosten, die aus den nicht erfolgten Abschlägen resultieren, sind also echte Mehrkosten und sind sicherlich weitaus weniger als die von der Bild zitierten 1,3 Milliarden Euro.

Wie hoch diese genau sind, wissen wir aber nicht. Was wir auch nicht wissen, ist wie viele ältere Menschen sich auf Grund der Neuregelung für einen früheren Renteneintritt entschieden haben. Aber wir sollten diese Entscheidungen nicht kritisieren, sondern die damit verbundene Lebensleistung respektieren!

2016 lag der Frauenanteil bei den Neuzugängen in die Altersrente für besonders langjährig Beschäftigte bei 44 Prozent.

Spahn hat keinen Plan

Gesundheitsminister Spahn (CDU) hat sein Sofortprogramm für 13.000 zusätzliche Pflegestellen vorgestellt. Angesichts des tatsächlichen Pflege-notstands kritisieren Experten den Plan unverhohlen als Witz. Laut Bundesregierung sind mehr als 35.000 Pflegestellen derzeit nicht besetzt, bis zu 100.000 Pflegekräfte fehlen in Deutschland. „Dieses Sofortprogramm kann maximal ein paar Löcher stopfen“, sagt Pia Zimmermann. „Es wird den Pflegenotstand nicht beenden. Wegen einer 24-Stunden-Kita und einem Sportangebot für Mitarbeiter wird niemand zurück in den Pflegeberuf kommen. Pflegekräfte brauchen ausreichende Personalschlüssel, verlässliche Dienstpläne und wertschätzende Arbeitsbedingungen. Dann kann gute Pflege gelingen“, so die pflegepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag.



Ich möchte nicht mehr über die Station hetzen und Patienten abfertigen müssen, anstatt mich um sie zu kümmern und zu versorgen, wie es ihrer Erkrankung und ihrer Persönlichkeit entsprechend erforderlich und angemessen wäre.

LANDESVORSTAND

Inklusionsbeauftragte gewählt

von Franziska Fehst

Am 18. Mai tagte mal wieder der Landesvorstand und wir hören die Landtagswahl schon trapsen. Wichtige Eckpunkte des Wahlaufstellungsverfahrens für die Landesliste wurden in einer ersten Lesung und Diskussion abgehandelt. Hierbei drehte sich die Diskussion vor allem darum, wie eine Liste erstellt werden kann, die Regionengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit berücksichtigt, gleichzeitig aber auch die inhaltlichen Aspekte und eine Erneuerung beinhaltet. Eine definitiv spannende Angelegenheit, die nun für den Landesparteitag im August vorbereitet wird. Es wird auch das Angebot geben in die Kreise zu kommen und über das Verfahren zu diskutieren.

Ein weiteres ernstes Anliegen, was im Landesvorstand diskutiert wurde, ist das neue sächsische Polizeiaufgabengesetz, welches noch vor der nächsten Landtagswahl gedrückt werden soll. Nach Bayern will nun auch Sachsen nachziehen, so dass uns neben Bayern die härtesten Änderungen anstehen. Zu Gast war Enrico Stange, der uns über den geleakten Referentenentwurf und dessen Inhalte berichtete. Derzeit wird an einer Ausarbeitung gearbeitet sowie eigene Strategien entwickelt, wie man dagegen vorgehen kann. Mehr dazu bald.

Im Zuge des Bundesteilhabegesetzes und unserem Parteibeschluss haben wir nun auch in Sachsen eine Inklusionsbeauftragte. Kathrin Noack kommt aus dem Erzgebirge und wird in den nächsten zwei Jahren auf Landesebene in den Kreisen und bei unseren Veranstaltungen unterwegs sein, um das Thema intern weiter voranzutreiben.



Wir bereuen nichts

von Lars Kleba und Franziska Fehst

Was mit einem kleinen Camp bei Weißwasser und ein paar Dutzend Teilnehmer*innen begann, sollte sich über die Jahre zu etwas ganz Großem entwickeln. Viele Mythen und wahnsinnig tolle Geschichten ranken sich um das sagenumwobene Pfingstcamp der ehemaligen PDS Jugend. Es wurde mit vielen Gästen debattiert (selbst Sahra Wagenknecht und Gabi Zimmer waren mal zu Gast). Es wurde getanzt, selbst wenn die Decke einriss wie in Srbská Kamenice und das Keyboard mit einem Regenschirm geschützt werden musste. Es wurde pleniert, bis alle nicht mehr konnten. Und es wurde ein Ort geschaffen, an dem alle einen Freiraum besitzen, an dem man sich einbringen und ausprobieren kann. Vielleicht ein Stück Sozialismus?

Das Pfingstcamp der linksjugend Sachsen ist zum größten Camp von Jugendverband und Partei mit weit über 650 Teilnehmer*innen gewachsen. Insgesamt konnten wir in den letzten Jahren weit über 8.000 Gäste im Land der Lachenden Rehe* begrüßen. Es kommen nicht nur Menschen aus Sachsen, sondern auch aus Thüringen, Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Mit über 100 inhaltlichen und kulturellen Angeboten ist für jede*n etwas dabei. Seit mehreren Jahren gibt es die Antenne Rehschanze, welche von den wichtigsten Ereignissen auf dem Camp



Caren Lay bei ihrer Kür im Stöckelschuhwettbewerb (aus dem Archiv von Lars Kleba)

berichtet. Dieses Jahr wollten auch wieder unseren internationalen Austausch vorantreiben und durften Genoss*innen aus Österreich, Polen und der Ukraine begrüßen, die mit uns über Kooperationen und ein zukünftiges Europa diskutiert haben. Das Pfingstcamp verändert sich immer wieder und das ist auch gut

so. Daher auch das diesjährige Motto frei nach Edith Piaf: Je ne rehgrette rien! – Ja, wir bereuen auch nichts.

*Doksy – zu deutsch „Hirschberg am See“, weshalb sich nun das Reh-Motto eingepreßt hat.

Gute Diskussionskultur

von Dr. Rosie Griese

Vorausgegangen waren Briefe, in denen sich Veteranen unserer Partei kritisch mit der Politik der Linkspartei auseinandersetzten. Geschrieben in Sorge um deren Zukunft. Darüber fand ein Gedankenaustausch mit Rico Gebhardt, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Sächsischen Landtag und interessierten Genossinnen und Genossen in meiner Wohnung statt. Unsere Sorgen um die Friedenspolitik, die unkritische Haltung des Parteivorstandes zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, die ungenügende Sicherheit im Lande waren ebenso Gegenstand der Diskussion wie Fragen der Bildungspolitik und der Pflegekatastrophe.

Warum hat der Parteivorstand keine Proteste organisiert, als die Türkei in Syrien militärisch einfiel? Warum gab es keine für alle Mitglieder erkennbare kritische Analyse über unsere erheblichen Stimmenverluste bei der Bundestagswahl in den ostdeutschen Ländern?



DIE LINKE startete Anfang Mai die Pflegekampagne, um an der Seite der Beschäftigten im Gesundheitswesen und insbesondere in der Pflege weiterhin Druck auf die Bundesregierung zu machen: Für einen gesetzlichen Personalschlüssel in der Pflege und eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne. Zum Aufruf: www.pflegenotstandstoppen.die-linke.de

Wie ernst nimmt der Parteivorstand die schwächer werdende Sicherheit der Bevölkerung im Land? Die ungenügende Konsequenz bei der Abschiebung von nicht asylberechtigten Ausländern stand ebenso im Fokus wie Gedanken zur ungenügenden Bildungspolitik in Sachsen.

Eine breite Themenpalette. Rico hörte geduldig zu, ohne mit Besserwisserei und übereilten Wertungen die Diskussion abzuwürgen. Diese Methode sollte überall in unserer Partei Schule machen. Natürlich gab es unterschiedliche Meinungen.

Aber in den wichtigsten Positionen waren wir uns mit dem Fraktionsvorsitzenden einig. Es gibt für den Parteivorstand durchaus Gründe, manche Entscheidungen zu überdenken.

Mich persönlich hat dieses konstruktive Gespräch in meiner Auffassung bestätigt: die Spaltung durch die Gesellschaft findet sich auch in der Linkspartei wieder. Unerlässlich sind freimütige Debatten, ohne Besserwisserei und voreilige Wertungen über Grundpositionen unserer Partei. Als Voraussetzung für eine enge Verbindung zwischen Funktionären und Mitgliedern. Wir Teilnehmer bedanken uns bei Rico für dieses sachlich-freimütige und gelungene Gespräch.

Rosie Griese ist Mitglied im Ortsverband Dresden-West

06
—
18**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Juni 2018

DIE LINKE setzt sich für preisgünstige Wohnungen am „Alten Leipziger Bahnhof“ ein

Seit einiger Zeit wird um die Zukunft des „Alten Leipziger Bahnhofs“ gerungen. So gibt es das Interesse des Unternehmens Globus, dort einen Supermarkt zu errichten. Dieses Vorhaben ist jedoch aufgrund seiner Größe und möglichen nachteiligen Auswirkungen umstritten. Deshalb wurde das Gelände auf seine Eignung für den Wohnungsbau geprüft. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.

von Max Kretzschmar

Am 23. November 2017 beschloss der Stadtrat mit großer Mehrheit einen Antrag der Fraktion DIE LINKE und beauftragte den Oberbürgermeister, eine planerische Studie zu Potentialen und Restriktionen für das Gebiet am „Alten Leipziger Bahnhof“ einzuholen. Hierbei sollte insbesondere die Eignung des Standorts für den Wohnungsbau geprüft werden. Ziel der LINKEN war es, eine Grundlage für eine verbindliche und belastbare Entscheidung zur Zukunft des Geländes zu schaffen. Nun liegen die Ergebnisse der Studie vor. Danach ist das Gebiet am „Alten Leipziger Bahnhof“ als Standort von bis zu 1.700 Wohnungen grundsätzlich geeignet. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Fraktion DIE LINKE dafür aus, das Gebiet am „Alten Leipziger Bahnhof“ zu einem Standort für preisgünstige, familienfreundliche und behindertengerechte Wohnungen zu entwickeln. Das technische Denkmal „Alter Leipziger Bahnhof“ sowie vorhandene kulturelle Nutzungen sollen erhalten werden. In einem Antrag an den Stadtrat schlägt DIE LINKE die Entwicklung eines entsprechenden Maßnahmenplans zur Erreichung dieser Zielstellungen bis zum 15. August 2018 vor. Dazu sagt LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: „Wir wollen eine positive Entwicklung am „Alten Leipziger Bahnhof“ befördern. DIE LINKE spricht sich für sozialen Wohnungsbau an diesem Standort aus. In Dresden gibt es einen großen Bedarf an preiswerten Wohnungen. Hier haben wir die Chance, zahlreiche preisgünstige, familienfreundliche und behindertengerechte Wohnungen zu realisieren.“

„Masterplan“ für Leipziger Vorstadt

Weiterhin hatte der Stadtrat bereits in seiner Sitzung am 01. Juni 2017 einen Beschluss zu dem von Rot-Grün-Rot gestellten Antrag „Alternativen Standort für das Unternehmen Globus su-

Alter Leipziger Bahnhof

LINKE will sozialen Wohnungsbau

Barrierefrei, ökologisch nachhaltig und familienfreundlich

In Dresden gibt es einen großen Bedarf an preiswerten Wohnungen. Hier haben wir die Chance, zahlreiche preisgünstige, familienfreundliche und behindertengerechte Wohnungen zu realisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es jedoch einer gemeinsamen und einvernehmlichen Lösung mit dem Unternehmen Globus. Deshalb muss die Frage eines geeigneten Alternativstandortes geklärt werden.

André Schollbach

chen“ gefasst. Damit wurde der Oberbürgermeister beauftragt, gemeinsam mit dem Unternehmen einen alternativen Standort für einen Globus-Markt zu finden. Die Ergebnisse waren dem Stadtrat bis zum 31. Dezember 2017 vorzulegen. Bislang ist das jedoch nicht geschehen. Der Oberbürgermeister ist gefordert, dem Stadtrat nun zügig einen Bericht über die Umsetzung dieses Beschlusses und die dabei erzielten Ergebnisse vorzulegen.

Noch im Juni 2018 soll der Stadtrat nach dem Willen von Rot-Grün-Rot

über den „Masterplan“ zur Leipziger Vorstadt entscheiden. In der Ratsvorlage dazu heißt es: „Die Leipziger Vorstadt ... soll zu einem pulsierenden innerstädtischen Quartier entwickelt werden. ... Das Plangebiet soll geprägt sein von gewerblichen, kulturellen und wohnbaulichen Nutzungen. Verglichen mit dem Masterplan 2010 ist es das Ziel, die Nutzungen und die Interessen vor Ort deutlicher in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen. Die Nutzungen der Flächen werden kleinteiliger und differenzierter betrachtet.“

#rotgrünrot

Direktwahl der OBR

Die Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD haben am 22. Mai 2018 im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zur Änderung der Hauptsatzung gemeinsam einen Änderungsantrag eingebracht, welcher folgende wichtige Elemente enthält:

1. Mit dem Haushalt 2019/20 werden die zehn Stadtbezirksbeiräte (bisher Ortsbeiräte) mit einem eigenen Budget ausgestattet, welches sich auf 25 Euro pro Jahr und Einwohner/in beläuft. Damit können die Stadtbezirksbeiräte, die ab 2019 direkt gewählt werden sollen, politisch eigenverantwortlich im eigenen Stadtbezirk gestaltend tätig werden. Zu ihrem Verantwortungsbereich gehören unter anderem die Förderung von Vereinen und Verbänden, die Durchführungen von Stadtteilstellen und die Ausgestaltung von Parks und Grünanlagen.

2. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, die Stadtbezirksbeiräte zukünftig noch weiter stärken zu wollen und im Sächsischen Landtag die Sächsische Gemeindeordnung dahingehend zu verändern, dass, - der Stadtrat den Stadtbezirksbeiräten weitere Aufgaben übertragen kann, - die Stadtbezirksbeiräte ein verbindliches Antragsrecht gegenüber dem Stadtrat erhalten und - dass künftig Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Stadtbezirksebene möglich sind.

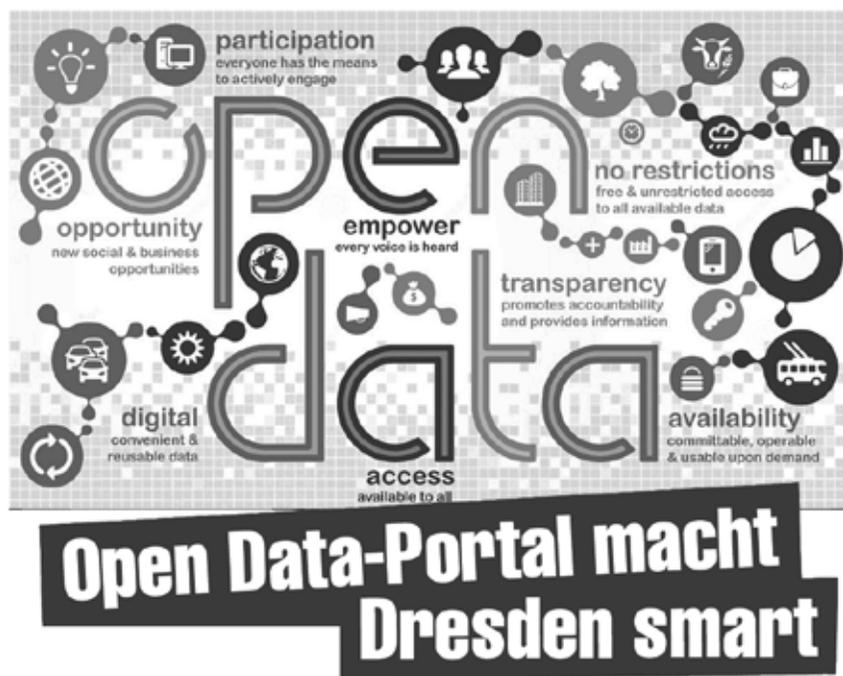
3. Die neun Ortschaften am westlichen, nördlichen und östlichen Stadtrand von Dresden haben mit ihren besonderen Rechten bis zum Auslaufen der Eingemeindungsverträge nach 30 Jahren weiterhin Bestand und werden danach bis zum Jahr 2034 in die Stadtbezirke eingegliedert.

4. In der Hauptsatzung wird festgelegt, dass auch künftig in Dresden bei Bürgerentscheiden die wesentlichen Argumente der Befürworter/innen und Gegner/innen des Gegenstandes auf jeweils einer A4-Seite zusammen mit der Abstimmungsbenachrichtigung verschickt werden.

Mit einer Sondersitzung des Ausschusses vor der kommenden Stadtratssitzung wird am 07. Juni 2018 der Weg frei für eine Stärkung der zukünftig direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter vor Ort in den Stadtbezirken.

Stadtrat aktuell

Aus der Sitzung am 17. Mai 2018



Dresden wird transparent

Schon vor drei Jahren fasste der Dresdner Stadtrat auf Antrag der LINKEN den Beschluss, mit einer Open Data-Strategie das Verwaltungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu gestalten. Offenheit der Daten sowie die Berücksichtigung internationaler Daten- und Lizenzstandards ist wichtig in diesem Prozess. Nun sollen mehr als 100 Datensätze in dieses Open Data-Portal eingestellt werden, um Dresden und seinen Gästen Informationen über Gästeübernachtungen, den Luftverkehr oder auch Einwohnermeldestände zur freien Verfügung zu stellen.

Einstimmig! lautete das Ergebnis beim Beschluss zum Open Data-Portal am 17. Mai 2018:

Dresden wird smart, freut sich LINKE-Stadtrat Norbert Engemaier, der die Vorzüge für Stadt und Bürgerinnen

und Bürger betont: Es werden Schnittstellen durch die Stadt geschaffen, wodurch freigegebene Daten maschinell automatisiert und standardisiert von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Und auch die Stadt partizipiert gehörig, denn diese standardisierten Daten sind langlebig und die Stadt nicht auf spezielle Portale angewiesen.

Norbert Engemaier: „Auf Grundlage unseres bereits 2015 beschlossenen Antrages A0076/15 hat die Stadtverwaltung jetzt eine Ausgestaltung eines Portals zur Offenlegung kommunaler Daten vorgeschlagen. Damit werden Daten für den maschinellen Abruf, etwa für neue Anwendungen auf Smartphones oder im Netz, strukturiert angeboten. Als Teil der E-Governmentstrategie der Landeshauptstadt bedeutet dies einen großen Schritt, die vorhandenen Datensätze für alle Menschen in Dresden nutzbar zu machen.“

Hufwiesen bleiben erhalten

Mit überwältigender Mehrheit stimmte der Stadtrat der Vorlage mit dem Bebauungsplan für die Hufwiesen in Pieschen zu. LINKE-Stadtrat und Pirat Dr. Martin Schulte-Wissermann brachte diese Erfolgsgeschichte als Win-Win-Win-Situation gut auf den Punkt: „Was für ein Kraftakt. Nach jahrelangem Stillstand, drohender Komplettbebauung und Einzäunung des Areals haben wir in langen geduldigen Gesprächen einen wunderbaren Kompromiss erreicht: 70.000 m² Wiesenflächen für die Anwohnerinnen und Anwohner in Pieschen/Trachenberge und ca. 400 Wohnungen mit 25% Sozialanteil - ich bin sehr froh!“

Geprüft werden sollen zudem gewerbliche Nutzungen in der Nähe des Trachauer Bahnhofs auf maximal 0,8 Hektar.



Grüne Idylle und sozialer Wohnungsbau: Gute Konstellation für eine umweltgerechte Stadtteilentwicklung

Neuer Landschaftsplan verabschiedet

Ein neuer Landschaftsplan für Dresden in der Fassung von August 2017 wurde vom Stadtrat beschlossen. Die 300 Seiten erfassen den detaillierten Bestand der Umwelt Dresdens und zeigen, wo und wie sich die Natur und Landschaft im Stadtgebiet in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren entwickeln sollen. Der bisherige Plan stammte aus dem Jahr 1997: Eingemeindungen, wachsende Bevölkerungsstrukturen, zunehmende Veränderungen durch Wirtschaft und

Städtebau erfordern eine Neubewertung und Neuausrichtung der Planungen zur Sicherung der Lebensqualität für alle.

Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch: „Der Landschaftsplan ist als Fachplan ein wichtiges Dokument, welches darauf abzielt die Stadt in ihrer Komplexität nachhaltig so zu entwickeln, dass sie für folgende Generationen lebenswert bleibt, dass Menschen hier gerne wohnen wollen und das auch können.“

Zum Weggang der Ostrale nach Chemnitz

Zur bekannt gewordenen Absichtserklärung von Ostrale und Stadtverwaltung Chemnitz, nach der die Ostrale künftig in Chemnitz stattfinden soll (Tag24 berichtete), erklärt LINKE-Stadträtin Anja Apel: „Seit Jahren suchen wir intensiv nach einer Lösung für die Ostrale und nach einer Möglichkeit der Sanierung der Futterställe. Ich war in den letzten fünf Jahren immer wieder mit dem Verein und Frau Hilger im Gespräch. Die Gründung der Kommission zur

Entwicklung des Ostrageheges unter Leitung von Oberbürgermeister Hilbert kam leider viel zu spät, nur zögerlich nahm er sich der Problematik an. Die Kulturbürgermeisterin hatte dadurch keine Chance, die erforderlichen Millionen zur Sanierung der Immobilie „Futterställe“ aufzubringen, ein finanziell tragbares Konzept gab es bisher nicht. Wir bedauern den Weggang der Ostrale, werden aber weiter dafür kämpfen, dass die Futterställe saniert werden.“

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Dr. Margot Gaitzsch, Jacqueline Muth, Jens Matthis

Fotos: pixabay, Margot Gaitzsch

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Kultur braucht Raum

Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas eröffnen sich in Dresden Möglichkeiten für Kreative, Kulturschaffende und KünstlerInnen wie auch für das Publikum, den öffentlichen Raum neu zu nutzen.

von Jacqueline Muth

Vieles lässt sich aus der Bewerbung Dresdens zur „Kulturhauptstadt Europas 2025“ herleiten. 2019 will die Stadt Dresden ihre Bewerbung einreichen und mal ehrlich: wenns dann 2025 nicht klappt mit dem Titel, wärs nicht schlimm. Aber politisch wäre es ein Debakel: Schuldige werden gesucht und gefunden. Andersherum wäre es natürlich genauso: Sollte es gelingen, den Titel zu erringen, dann werden Schultern geklopft und Hände geschüttelt – vermutlich andere als deren, die momentan tatsächlich mit vollem Einsatz Konzepte entwickeln und Maßnahmen ergreifen. Es lastet ein hoher politischer Druck auf den Schultern der Verantwortlichen (allen voran auf denen der Kulturbürgermeisterin), wenn es um die Bewerbung zur Kulturhauptstadt geht. Und darum bin auch ich als linke Stadträtin dabei, alles dafür zu tun, um den Titel zu sichern (obwohl er mir eigentlich egal ist).

Trotz des hohen Drucks dürfen wir nicht vergessen: Kultur entwickelt sich oft spontan. Neben den Institutionen wie „Kulti“ und den etablierten Theatern braucht es eine frische Nachwuchsszene. Braucht es Orte, an denen sowohl frischgebackene Hochschulabsolventen als auch Autodidakten ihr Talent entwickeln, Erkunden und unter Beweis stellen können. Es braucht – ja! – wirtschaftliche Anreize für Student_innen der Musikhochschule, der Kunsthochschule oder der Gret-Palucca, damit diese nach ihrem Abschluss die Stadt nicht zu verlassen. Es braucht Jobs, Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten und bezahlbare Arbeitsräume. Hier können Preise wie der Laienchor-Wettbewerb helfen, ungeahnte Talente zu entdecken und in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen. Es ist auch nützlich, über die Projektförderung Antragstellern die nötigen Mittel zur Umsetzung ihrer Ideen an die Hand zu geben – egal, ob dabei ein begeistertes Publikum erreicht wird oder ob die Stadt regelmäßig Stipendien vergibt, damit das eigene Werk reifen und entwickelt werden kann. Kultur braucht Raum, um sich zu entwi-



ckeln. Der Druck, hier möglichst schnell Produkte zur Vermarktung zu liefern, ist da eher schädlich. Kultur braucht den nötigen Nährboden, um zu reifen. „Kultur“ als Teil des gesellschaftlichen Lebens sollte außerdem vielfältig und partizipativ sein. Wer sich selbst kulturell betätigen möchte, sollte genügend Angebote finden, um einmal Theater zu spielen, in einem Chor zu singen oder einen Kurs zum Malen, Zeichnen oder Bildhauern (Schneidern, Töpfern, Weben etc.) belegen zu können. Diese Angebote sollten vielen offenstehen, unabhängig vom persönlichen Budget. Neben der Volkshochschule die Kurse anbietet, halten auch Freischaffende und kleinere Gruppen sowie Stadtteilhäuser entsprechende Angebote bereit. Wer Kultur rezipieren möchte – in Ausstellungen gehen, ins Theater und zu Konzert – sollte ebenfalls genügend Angebote vorfinden, die bezahlbar sind. Hier sind die Kulturloge oder andere kommunal geförderte Anbieter gute Verbündete, um Angebote auch preiswert und vielfältig zu gewährleisten. Auf einem boomenden Immobilienmarkt – wie wir ihn zunehmend

auch in Dresden vorfinden – schwinden Arbeits- und Ausstellungsräume für Bildende und Darstellende Künste, schwinden die Nischen, in denen kostenlose oder preiswerte Angebote gedeihen können. Mehr und mehr braucht es die städtische Hand, um hier Raumangebote vorzuhalten. Und wer meint, dass Straßenkünstler leichtes Geld verdienen, irrt. Der öffentliche Raum ist stärker marktwirtschaftlich umkämpft denn je. Auch hier braucht es die öffentliche Hand und die (linke) Kommunalpolitik, um den nötigen Freiraum zu schaffen, um der Intoleranz entgegenzuwirken, die die vielfältigen Kunst- und Kulturdar-

bietungen auf den Straßen Dresdens verdrängen und reglementieren will.

Wenn nun also Dresden einmal Kulturhauptstadt werden will – im Jahr 2025 oder später – dann sollte sie auch zurecht diesen Titel tragen. Vielleicht scheint es der sichere Weg zu sein, die Leuchttürme der Kultur ins rechte Licht zu setzen – so wie die konservative (kleinere) Hälfte im Stadtrat es fordert. Aber der bessere Weg ist es, die Wurzeln der Kultur zu stärken und so mit allem Risiko und dem Rückhalt der Einwohner_innen in eine Bewerbung zu starten, die nur Dresden einbringen kann (so wie jede andere Stadt ihre Einmaligkeiten hat).



Dresdner Integrationspreis 2018

Noch bis Freitag, 8. Juni 2018, können sich Initiativen, Vereine und Unternehmen für den Dresdner Integrationspreis bewerben. Mit dem Preis ehrt die Stadt Projekte, die sich der Integration von Migrantinnen und Migranten widmen und so das weltoffene und solidarische Miteinander in der Gesellschaft stärken. Der Integrationspreis ist mit 5 000 Euro dotiert. Über seine Vergabe entscheidet eine Jury. Oberbürgermeister

Dirk Hilbert wird die Auszeichnung im Rahmen der Interkulturellen Tage am 6. Oktober 2018 überreichen. Über das Preisgeld können die Prämierten frei verfügen und beispielsweise laufende Aktivitäten fortsetzen oder ausweiten. Eine Prämierung von geplanten, aber noch nicht realisierten Projekten ist nicht möglich. Interessierte können ihre Fragen an integrationspreis@dresden.de senden.

Zukunftskonferenz am 2. Juni

Das Projekt „Zukunftsstadt“ ist ein Städtewettbewerb des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF). Bei dem Projekt geht es darum, Ideen und Visionen für die Zukunft Dresdens zu entwickeln und zu erproben. Ziel des Wettbewerbs ist es, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft, lokaler Politik, Wirtschaft und Verwaltung eine ganzheitliche und nachhaltige Vision 2030+ für Dresden zu

entwerfen. Zwei Projekte können bereits in diesem Jahr mit ihrer Arbeit beginnen. Sie nahmen an einer öffentlichen Abstimmung teil, die in Kooperation mit der Internetplattform „99Funken“ der Ostsächsischen Sparkasse stattfand. Über 3.000 Menschen beteiligten sich an der Abstimmung und vergaben die Fördersumme über 200 000 Euro an die Projekte „Zur Tonne“ und „Lebensraum Schule“. 2. Juni | ab 10 Uhr | Dreikönigskirche

#kolumne

Ganz hinten links



von Jens Matthiis

Man kann ja viel Schlechtes über die AfD sagen - und zwar zu recht. Aber eines muss man ihr lassen: Sie hat „frischen Wind“ in die Dresdner Kommunalpolitik gebracht – oder sagen wir mal lieber nur „Wind“. Wind ist ja bekanntlich nicht immer frisch.

Das Neue waren nicht unbedingt die scharfen fremdenfeindlichen und provinziellen Redebeiträge. Da hat die Dresdner AfD das unsägliche Niveau der beiden NPD-Stadträte noch nicht ganz erreicht, auch wenn sie sich wahrlich alle Mühe gibt, mitzuhalten.

Aber eine Innovation von einem gewissen Unterhaltungswert ist es schon, wenn sich eine Vier-Mann-Fraktion – der fünfte ist ihr bereits nach einem Jahr abhanden gekommen – sich seit Monaten einen Rechtsstreit darüber liefert, wer eigentlich der Vorsitzende ist. Der, der es war – den wollten die drei anderen nicht mehr und wählten aus ihrer Mitte einen Neuen. Das ließ sich aber der Alte nicht gefallen und bestand auf seinem Amt. Begründung: Die Fraktionssitzung, auf welcher der Neue gewählt wurde, war nicht förmlich korrekt einberufen. Denn das hätte nur der alte Vorsitzende machen können. Der aber weigerte sich, dies zu tun. Und kam damit bei Gericht sogar durch.

Nun könnt man sich fragen: Was hat man eigentlich davon, ungewollter Fraktionsvorsitzender einer Vier-Mann-Fraktion zu sein? Aber auch darauf fand sich eine Antwort: Fraktionsvorsitzende bekommen einen Zuschlag zu den Aufwandsentschädigungen.

Und weil wir gerade beim Geld sind, auch inhaltlich hat die AfD etwas zu bieten. Im Finanzausschuss stand eine Vorlage zur Abstimmung, die Eintrittspreise im Festspielhaus Hellerau um ca. 10% zu erhöhen. Nicht schön – aber von Zeit zu Zeit mal notwendig.

Die Protestpartei AfD brachte zur Vorlage einen Ersetzungsantrag ein: Die Eintrittspreise, insbesondere die ermäßigten für Kinder, Jugendliche und Dresden-Pass-Inhaberinnen sollten um 50% erhöht werden. Irgendwo muss das Geld für zwei Fraktionsvorsitzende schließlich herkommen.

„Die wollen doch nur feiern“

Ostritz war vor wenigen Wochen Treffpunkt für ein Nazi-Festival der besonderen Art. Das Hotel „Neißeblick“ zählt mittlerweile zu den 25 Immobilien in Sachsen, die von der NPD angemietet werden.

von Dr. Margot Gaitzsch

Vom 19. bis 20. April trafen sich in Ostritz, einem kleinen Ort in Ostsachsen, nach Angaben der Polizei ca. 1200 Nazis zum „Schild und Schwert-Festival“. Zum Gegenprotest kamen bis zu 4.000 Menschen. Doch Zahlen interessieren in diesem Zusammenhang nicht vordergründig. Das rechte Festival stand unter dem Motto „Reconquista Europa“ Eingeladen hatten die NPD, die JN, die Rechte und die APF (Alliance For Peace And Freedom) Außerdem gab es auf der Seite der Einladenden einen Link zum TIWAZ-Team – einer Kampfsportorganisation der „Freien Männer“. Der linke Gegenprotest stand unter dem Motto „Rechts rockt nicht“ und das von Michael Schlitt, dem Leiter des Internationalen Begegnungszentrums (IBZ) im Klosterstift St. Marienthal in Ostritz angemeldete Friedensfest auf dem Markt von Ostritz war ein buntes Treiben regionaler wie überregionaler Gruppen – unter ihnen auch die Landeszentrale für politische Bildung. Stellvertretend für viele engagierte Bürger hatte Michael Schlitt ein Stadtfest an diesem Aprilwochenende angemeldet. Äußerst kritisch zu bemerken bleibt, dass IBZ-Chef Schlitt Fahnen oder Flyer von Parteien auf dem Fest nicht duldete. So konnte mal wieder der Eindruck entstehen, dass Parteien den Gegenprotest der Bevölkerung überlässt. Doch DIE LINKE war da – sowohl auf dem Markt als auch auf der linken Festwiese. Im kleinen Ostritz waren beide Veranstaltungsorte des Gegenprotestes nur wenige Hundert Meter entfernt vom Hotel „Neißeblick“, dem rechten Versammlungs- und Feierort. Am Freitag, dem ersten Veranstaltungstag, provozierten, bei Abwesenheit der Polizei, in den Abendstunden Nazis die „Rechts rockt nicht“ derart, dass diese vorzeitig beendet werden musste.

Pikant war die Anmeldesituation auf dem Gelände des Hotels „Neißeblick“. Das Festival auf dem Gelände des Hotels in Ostritz war als Versammlung angemeldet, streng geschützt nach Artikel 8 des Grundgesetzes. Angemeldet wurde die Veranstaltung durch «Privatmann» Thorsten Heise. Doch Heise ist nicht nur Landesvorsitzender der NPD in Thüringen. Er ist auch stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und gut vernetzt in der freien Kameradschaftsszene. Formal anders stellte sich die „Rahmenveranstaltung“ auf dem Freigelände dar. Diese ist ein Kulturevent. Angeboten wurden Tätowierungen, Kampfsport der Gruppe TIWAZ und jede Menge Werbeartikel, T-Shirts mit rassistischen Aufdrucken. Einiges wurde von der Polizei konfisziert. Durch diese Zweiteilung wurde ganz offensichtlich das Alkoholverbot umgangen, welches für politische Versammlungen gilt. Die Missachtung des Alkoholverbotes wurde von der Polizei wissentlich nicht unterbunden. Im nahen Supermarkt versorgten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Nazievents



In Hör- und Sichtweite: Der Gegenprotest auf der Festwiese

„Schild und Schwert“ unter den Augen der Polizei reichlich mit Alkohol.

Der Weg vom Hotel „Neißeblick“ und dem nahen Supermarkt führte zwischen den zwei Veranstaltungsorten des Gegenprotestes entlang. Da es zwischen beiden Gegenveranstaltungen regen Besucher*innenaustausch gab, kreuzten sich unausweichlich deren Wege mit denen der Nazis. Menschen, die den Weg der Nazis entschlossen blockieren wollten, wurden von der Polizei beiseite gedrängt. Nun konnten die Nazis ungehindert und von der Polizei geschützt zwischen dem Eventgelände und dem Supermarkt hin- und herpendeln. Kaum verwunderlich war, dass die Rechten dies als Sieg werteten. Die Protestierenden wurden im Vobeilaufen mit Siegerposen verhört. In den späten Abendstunden kam es zu tätlichen Angriffen auf junge Gegenprotestanten.

Bezeichnend ist die Meinung des Hotelbetreibers Ehrentraut, zu lesen in der Online-Ausgabe der „Welt“ vom 18.04.2018: Mit der NPD sei er nicht verhandelt. „Wählen würde ich die nicht.“ Dennoch hat er kein Problem mit den Rechtsextremisten. „Die wollen doch auch nur in Ruhe feiern. Soll doch jeder seine Meinung haben.“ Außerdem

brächten sie Geld in die Kasse des Hotelbetreibers, was selten genug der Fall sei. Schon lange stehe das Haus zum Verkauf. „450.000 müssen Sie dafür hinlegen.“ Und noch etwas berichtet die „Welt“ auf dieser Seite: Ehrentrauts Chef ist der Unternehmer und umstrittene hessische Kommunalpolitiker Hans-Peter Fischer. Schon mehrfach hat er die Immobilie der NPD überlassen. 2012 für einen Bundesparteitag.

Der sächsische Verfassungsschutz zählt das Hotel schon jetzt als NPD-Immobilie. Nicht weil es der Partei gehört, sondern weil sie jederzeit darauf zugreifen kann, wie der Präsident des Landesamtes, Gordian Meyer-Plath, sagt. 25 solcher NPD-Immobilien gibt es im Freistaat, der in dieser Hinsicht damit deutlich in Führung vor Bayern (17), Mecklenburg-Vorpommern (17) und Nordrhein-Westfalen (11) liegt. Nach Ansicht des Verfassungsschutzes könnte das Treffen in Ostritz das größte dieser Art in diesem Jahr gewesen sein. Was muss erst passieren, dass die sächsische Polizei und der Verfassungsschutz konsequent gegen solche Nazi-events vorgeht? Sicher, verboten wurde die NPD nicht. Aber sie wurde am 17. Januar 2017 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft.



Über 4.000 Menschen kamen zum Gegenprotest nach Ostritz



Der Krieg und die Moral

von Ines Finkenwirth

Wir wissen, solange der Kapitalismus existiert, solange wir das Heft nicht in unseren Händen halten, kann von Abrüstung keine Rede sein.

Rosa Luxemburg

Die Worte Rosa Luxemburgs von 1911 haben an Aktualität nichts verloren. Ihre Aussage impliziert den Kern des Problems: Solange wir im Kapitalismus leben, einem System, in dem Politik für die Wirtschafts- und Finanzmächte betrieben wird, stehen die Chancen gering, diese Eskalationspolitik jemals zu überwinden. Das Geschäft mit Waffen und Kriegsgeräten bringt den Konzernen Milliarden ein und Kapitalismus basiert auf dem Prinzip der immerwährenden Gewinnmaximierung. Freiwillig unterlässt ein solches System diese Handlungen nicht, aus schonungsloser Sicht des Kapitalismus' ganz logisch begründbar, wer hohe Rendite und Gewinne erzielen möchte, nimmt zwangsläufig auch das Geschäft mit dem Tod in Kauf. Das Verdienen am Krieg besitzt mehr Wichtigkeit als das Hinterfragen moralischer Grundprinzipien. Nun gab es geschichtlich betrachtet keine Zeit, in der man von der Absenz kriegerischer Auseinandersetzungen reden konnte, Konflikte wurden seit jeher mit Gewalt ausgetragen. Was allerdings früher so war, muss und darf in der Gegenwart nicht gedankenlos fortgesetzt werden. Teilweise beschleicht einen doch das Gefühl, dass Kriege selbst aus heutiger Sicht für einen Großteil der Men-

schen ganz selbstverständlich zur Welt dazugehören und mit Erhöhungen von Rüstungsausgaben wird diese Entwicklung noch bestärkt. Wenn wir überlegen, wie viele Menschen auf dieser Welt Kriege verabscheuen und endlich in Frieden leben wollen, ist das bisher Erreichte ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir meinen, den letzten Jahrhunderten geistig weit voraus zu sein. Aus technischer Sicht besteht darin kein Zweifel, unglaubliche Entwicklungen vollzogen sich, an deren Existenz kein Mensch im 19. Jahrhundert dachte. Aber was nützen alle lohnenswerten Erfindungen, wenn eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen moralisch noch immer auf früher Stufe hängengeblieben ist und Erfindungen erniedrigt, indem sie diese für Zwecke missbraucht, deren moralische Vertretbarkeit bei null liegt? Oft werden Pazifisten belächelt, doch sind nicht jene, die abschätzig über Friedensbefürworter denken, eher bedauernd, indem sie noch nicht verstanden haben, dass die Schaffung des Friedens die bedeutendste Zielsetzung der Menschheit darstellt? Wie vieler Kriege bedarf es noch, bis die Menschen begreifen, dass Krieg niemals ein geeignetes Konfliktlösungsmittel

ist? Konflikte schafft niemand aus der Welt, doch liegt der Umgang mit diesen in unseren Händen und wir entscheiden, ob wir diese ohne Gewalt lösen oder ob wir stattdessen abermals zu veralteten, menschenunwürdigen Konfliktlösungsmöglichkeiten greifen, welche im Grunde keinen Konflikt lösen, sondern im Normalfall weiter eskalieren lassen. Anwendung von Gewalt bringt die Entstehung eines neuen Konflikts mit sich, die Gegenseite antwortet dementsprechend ebenfalls mit Hass und Verachtung. Die Menschheit sollte langsam auf jener Evolutionsstufe stehen, die Vernunft und Argumentation in den Mittelpunkt aller zu lösenden Auseinandersetzungen stellt. Wer es nicht schafft, sein Gegenüber zumindest mit Akzeptanz zu begegnen und Argumente gewaltfrei auszutauschen, befindet sich noch nicht auf der moralischen Stufe, die für unsere Zeit angemessen wäre. Der Ursprung von Kriegen liegt immer im Menschen selbst, er entscheidet, ob er Krieg rechtfertigen will oder nicht. Es können tausende Menschen überwiegen, die Krieg als Mittel verabscheuen, es reicht eine Person aus, welche militärische Einsätze befürwortet und die gesamte Stimmung kippt in eine andere Richtung. Jeder begeht Fehler, die Menschheit wird immer zu revidierende Entscheidungen treffen. Wer allerdings nach hunderten von Fehlertritten nicht merkt, wie unsinnig, verfehlt und kontraproduktiv kriegerische Auseinandersetzungen sind, der offenbart damit Naivität. Wer aus Fehlern, deren Konsequenzen ersichtlich sind, nicht lernt und sie abermals begeht, beweist mangelnde

Fähigkeiten, Schlüsse zu ziehen oder, und das scheint unter den gegenwärtigen Gesichtspunkten schlüssiger, handelt kalkuliert und profitorientiert. Der IS wurde durch den „Krieg gegen den Terror“ nicht geschwächt und dennoch hält die Bundesregierung an ihrer Strategie fest. Die Gier nach Macht, Reichtum und Einfluss verhindert die nachhaltige Realisierung von Frieden. Menschen, die besessen von Herrschaft und der Ausübung von Autorität sind und dementsprechend keine Hemmungen aufweisen, um Gewalt und Krieg zu ihrem Zweck einzusetzen, darf ein System nicht auch noch unterstützen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Gesellschaft den Aufstieg solcher Menschen zulässt und wie stark die Politik ein gesellschaftliches Klima schafft, welches diese Entwicklung verstärkt. Der Mensch lässt sich nicht ändern, wohl aber das System, welches die Rahmenbedingungen setzt. Das gesellschaftliche Klima spiegelt sich im Verhalten und der Denkweise der Menschen wider. Je ungerechter und inhumaner sich die Politik zeigt, desto stärker erhöht sich das Potenzial der Gewaltbereitschaft. Der Einfluss dieser Menschen spielt eine entscheidende Rolle. Befinden sie sich erst einmal an der Macht, wird man die Folgen kaum einzuschätzen wissen und dementsprechend klein wird auch der eigene Handlungsspielraum. Ein Blick an die Spitze einiger Weltmächte reicht aus und wir erkennen: Uns steht noch ein langer Weg bevor.



Nein zur NATO. Nein zu Trumps Kriegen.

Die weltpolitische Lage wird immer bedrohlicher. Der neue US-Präsident wischt Verträge vom Tisch wie Altpapier. Es droht ein neues nukleares Wettrüsten in Europa, und das Aufflammen des Konflikts mit dem Iran. Welche politischen Alternativen bietet DIE LINKE zu dieser Politik an? Welche Aktivitäten können wir entfalten, um Friedenspolitik größere Geltung zu verschaffen und wieder mehr Menschen zu erreichen?

Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Mittwoch, 13. Juni 2018 | 18 Uhr | GLS Sprachschule | 10435 Berlin

Kampfdrohnen? Ursula von der Leyen treibt ihr gefährliches Aufrüstungsprojekt weiter voran. Dem Bundestag liegt nun eine Beschaffungsvorlage über bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr vor. Noch im letzten Wahlkampf stoppte die SPD diese Beschaffung - ein reines Wahlkampfmanöver, wie sich jetzt bestätigt. Kampfdrohnen sollen Soldaten schützen, so wird das immer gern begründet. Darum geht es hier aber nicht, sondern die Bundeswehr selbst soll über diese neuen Waffen verfügen, um mit ihnen zu kämpfen. Der Ministerin muss der Geldhahn zugedreht werden!



JUNI

02 Fotografieren mit links!? Workshop

Mit Uwe Hirschfeld (Ev. Hochschule) und Susann Scholz-Karas, eine VA der RLS Dresden
11-16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

04 Dritte Option reicht nicht!

Gespräch und Diskussion mit Sarah Budenberg
17:30 Uhr | Wir AG | Martin-Luther-Str. 21

Ortsvorstand Pieschen

16 Uhr | Bürgerzentrum Elsa | Richard-Rösch-Straße 22

05 Fraktionssitzung

18:30 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus

**06 Marx -Jahr
„Wie kommen wir zur befreiten Gesellschaft?“**

Diskussionsveranstaltung
18 Uhr | VA-Ort steht noch nicht fest

07 Stadtratssitzung

16 Uhr | Rathaus | Plenarsaal

**08 Antifeminismus in Bewegung.
Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt**

20 Uhr | Kosmotique | M.-Luther-Str. 21

11 Mitgliederversammlung Neustadt / Loschwitz

17 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

19 Buen Vivir - das Recht auf ein Gutes Leben*

Musik, Vortrag und Diskussion mit Alberto Acosta (Visionär, Ökonom, Politiker) und der Grupo Sal (lateinamerikanische Musik). Eine Veranstaltung von „anders wachsen“, „Bunte Kirche Neustadt“ und der Kirchenbezirk Dresden Mitte in Kooperation mit der RLS Sachsen
19 Uhr | Theaterruine St. Pauli

26 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus

28 Stadtratssitzung

16 Uhr | Rathaus | Plenarsaal

JULI

03 Die Gewalt der Musik. Techno und gesellschaftlicher Gehorsam*

Mit Dr. Iris Dankemeyer
Eine Veranstaltung des Referates für politische Bildung der TU Dresden in Kooperation mit der RLS Sachsen
18:30 Uhr | objekt klein a UG | Meschwitzstr. 9
Dresden-Neustadt

Sozialberatung im Haus der Begegnung

Mit Rechtsanwalt Johannes Heemann
Kontakt: 0176-24264159
Mail: info@kanzlei-sundermann.de
Jeden Mittwoch 17 bis 19 Uhr

Zwei letzte Silben

*CDU CSU
oft konservativ
- schwarz
oft konservativ
- tief im Sumpf
von Braunschwarz und Braun*

Jürgen Riedel

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden

- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)

- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des

Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Rosa Luxemburg Stiftung**Neu in der Bibliothek:**

Grüß Gott! Da bin ich wieder!
Karl Marx in der Karikatur.
Hrsg. von Rolf Hecker.
Berlin 2018, 208 Seiten,
mehr als 600 Abb.



www.dielinke-dresden.de

**Welt verändern
du willst?**

Mitglied werden du kannst.

DIE LINKE.



Der neue Musik-Krimi von Beate Baum

Eine Reise nach Glasgow und Liverpool

von Cornelia Eichner

„Niemand kennt dich, wenn du am Boden liegst“ - so lautet der etwas sperrige Titel von Beate Baums neuem Musikkrimi. Es ist die Fortsetzung von „Die Ballade von John und Ines“, dessen Handlung die Musik der Beatles nicht nur in Liverpool, sondern auch in Dresden erklingen, die spannende Atmosphäre britischer Musikclubs mit erleben ließ. Eine gute Liebesgeschichte endet nicht nach dem Kennenlernen, sie setzt sich fort. Beate Baum lässt ihre Haupthelden Ines und John weitere komplizierte Aufgaben bestehen und dabei Lesende am Alltag der Musikstudentin und des Rockstars teilhaben. Die Szenerie um den Mord eines in Dortmund stadtbekanntem Drogendealers ist dabei nicht nur kriminologisch knifflig und erzeugt damit eine Spannung, die bis zur letzten Seite fesselt, sondern beeindruckt auch noch durch einen sachlichen und fundierten Umgang mit der darin verwickelten Drogenproblematik. Die Autorin erspart uns dabei die üblichen Klischees und eröffnet stattdessen ei-

nen Einblick in die Komplexität derartiger Themata. Ausgerechnet der Star der Band Distant Stars, Tim Cantely, bekannt auch für seine Drogenexzesse, gilt als Hauptverdächtiger im Mordfall. Da John mit Tim befreundet ist, lässt ihn das nicht kalt. Aber wie gut kennt man Menschen wirklich, mit denen man befreundet ist? Ist es vorstellbar, dass der eigene Freund, jener, den man schon seit Jahren kennt, ein Mörder ist? Und wie steht man jemandem bei, dem es so schwer fällt, mit dem eigenen Leben zurecht zu kommen?

Beate Baum hat nicht nur einen sehr lebendigen Krimi mit hoher Alltagsnähe und viel Musikalität geschrieben, sondern es dabei auch geschafft, die Charaktere der drei Hauptheld*innen Ines, John und Tim sehr authentisch, empathisch und komplex auszuformulieren. Auch daran merkt man, dass die studierte Literaturwissenschaftlerin und erfahrene Kritikerin ihr Handwerk von der Biege auf gelernt hat. Gern mehr davon!



CubaSI informiert

von Ursula Zierz

Wie alle Jahre war unserer AG Cuba Sí mit Infostand bei der 1.Mai-Veranstaltung der LINKEN im Alaunpark vertreten und warben für Solidarität mit den kubanischen Menschen. Durch Alter und Krankheit stand unser Engagement dieses Mal ganz schön auf der Kippe. Außer Daniel, der sich schon vor einem Jahr uns anschloss und jugendlichen Schwung in die Arbeit brachte, kam Georg an dem Tag zur Unterstützung. Das sonnige Wetter ließ noch dazu eine karibische Atmosphäre aufkommen. Wir kamen bei frisch zubereiteten Mojitos, begleitet von typisch kubanischer Reggaetón-Musik mit vielen Leuten ins Gespräch. Auf politische Diskurse über die aktuelle Situation der Kubaner und der neuen politischen Führung folgten Reisetipps oder ein Austausch von Erlebnissen auf der karibischen Insel. Auch unsere Kubamaterialien wie T-Shirts, Sticker und Infomaterialien stießen auf reges Interesse. Die Spendenbereitschaft für unsere Projekte war enorm und so kamen wir am Ende des Tages auf ein positives Resultat von 582 Euro. Großer Dank ergeht deshalb an alle, die das ermöglichten, unseren Spendenwürfel fütterten oder wie die Genn. Rita Kring, Dr. Rolf Oehler, W. Grohmann, M.+A. Grünzig mit einem größeren Beitrag beitrugen.

Infos zu Kuba und der ALBA

Zur Parlamentswahl auf Kuba berichtet ein Genosse: „Etwas Sonderbares ereignete sich für mich zu Beginn meines Urlaubes im März in Kuba. Im ganzen Land hingen an öffentlichen Plätzen Steckbriefe mit Foto, Namen und kurzem Lebenslauf von verschiedenen Personen aus. Etwa eine groß angelegte polizeiliche Fahndung? Nein! Am 11. März diesen Jahres fand die Parlamentswahl in Kuba statt.



Nächster Sammlungstermin: 07. Juni 2018 von 10 bis 16 Uhr im Haus der Begegnung

Mehr als 600 ehrenamtliche Abgeordnete sollten gewählt werden, ganz ohne sicht- und hörbaren Wahlkampf. Die Wahl selbst verlief ebenfalls geräuschlos. Die Liste der gewählten Abgeordneten wurde einige Tage später auch in der größten kubanischen Tageszeitung „Granma“ veröffentlicht.“

Wie von mir schon in der Vergangenheit berichtet, verlaufen die Auswahl von Kandidaten für kommunale –und Parlamentswahlen völlig anders als bei uns. In Kuba stellen sich keine Parteien zur Wahl, sondern jeder Bürger (18 Jahre) kann sich als Kandidat aufstellen lassen, der vor der Einwohner-, Gebietsversammlung usw. die Fragen zur Zufriedenheit über sein bisheriges Wirken und sein künftiges Engagement beantwortet, bestätigt oder abgelehnt wird. Wählen darf jeder ab 16 Jahre. Die Lebensläufe der sich bewerbenden und bestätigten Kandidaten werden vor der Wahl öffentlich ausgehängt.

Companero Miguel Diaz- Canel wurde im April durch das neue Parlament zum Präsidenten des Staats- und Ministerrats Kubas gewählt. Präsident Raul Castro wurde noch kein Pensionär, sondern als Abgeordneter bestätigt.

Führer der Welt, politische Persönlichkeiten und Organisationen verschiedener Länder beglückwünschten ihn nach seiner Wahl zum Präsidenten und Evo Morales versicherte, dass Kuba nicht mehr allein steht und die kubanische Demokratie der kommunalen Demokratie seines Landes sehr ähnlich sei. Den 1. Mai beging die kubanische Bevölkerung wie immer mit einer bunten, begeisterten Demonstration ihre Verbundenheit und Unterstützung für die neue Regierungsführung, Raul und die Partei.

Erste Amtshandlung des neuen Präsidenten war eine Solidaritätssendung mit med. Gerät und Medikamenten nach Syrien.



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba SI Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Infos zu Venezuela

Noch vor dem endgültigen Wahlergebnis verkündete die EU, dass sie das Wahlergebnis nicht anerkennen will. Die USA und die EU boykottieren seit Chaves das Land. Den Wählern beizukommen wollten die Mächtigen der Welt (USA und Saudis) vor allem durch ihren Beschluss den Erdölpreis international so abzusinken, damit der Export kaputt geht. Der verhängte Totalboykott (wie gegen Kuba), der USA, der auf alle handeltreibenden Länder ausgedehnt ist, brachte den wirtschaftlichen Niedergang. Die Rolle der Bourgeoisie dabei führte fast bis zum Bürgerkrieg. Präsident Maduro konnte seine Wähler trotzdem überzeugen.

Zum Flugzeugabsturz sprechen wir allen betroffenen Familien und der Republik Kuba unser Beileid aus und hoffen auf baldige Aufklärung.



Basar in der Altstadt von Plovdiv

Bulgarien auf einer Reise ins Ungewisse

von Dr. Cornelia Ernst

Bulgarien kannte ich bisher nur aus gemütlichen Vor-Wende-Urlauben. Wie im RGW liegt es auch in der EU an der Peripherie. Heute spielt es weniger als damals eine relevante Rolle, auch wenn es zur Zeit die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Für uns linke Europaabgeordnete war dies ein Anlass, sich vor Ort eine Bild von der Lage zu machen. Leider ist es kein gutes. Ich musste feststellen: Bulgarien befindet sich in einem alarmierenden Zustand.

Die Wende hat nicht - nach einer Durststrecke - zu einem Aufschwung geführt. Von dem Totalzusammenbruch der Wirtschaft hat sich Bulgarien bis heute nicht erholt. Damals wurde, angefeuert von antikommunistischen Heilsbringern aller Parteischattierungen, alles privatisiert, was ging, alles an staatlichem Eigentum verkauft, was zu Geld gemacht werden konnte. Die Sozialversicherung wurde aufgelöst, kostenlose Gesundheitsleistungen abgeschafft. Auch das Bildungssystem ist für die Bürger*innen nicht mehr kostenlos.

In den 2000er Jahren gab es eine tiefe Depression. Eine Massenauswan-

derung, die bis heute anhält, war die Folge. Nachdem die Sozialist*innen zum Teil schlimmer als die Konservativen geherrscht hatten, sind die Reste der kommunistischen Partei im politischen Nirwana verschwunden. Heute gibt es acht kommunistische Parteien, die sich aufs Ärgste bekämpfen.

Der Glaube, dass mit dem EU-Beitritt das innenpolitische Desaster enden würde, erwies sich als Trugbild. Es scheint heute vielen egal zu sein, welche politische Kraft nun das Land weiter ruiniert. Derzeit regieren Rechtskonservative gemeinsam mit Faschist*innen. Es gibt keine politische Alternative, für die sich politische Kräfte in größerer Zahl engagieren und Widerstand gegen die Entwicklung organisieren. Zivilgesellschaftliche Kräfte sind kein politischer Faktor. Vor 1989 gab es sie faktisch nicht, nach 1989 fehlten die Ressourcen, dass diese sich finden und entwickeln konnten. Und so treiben Oligarchen und andere „Raubtiere“ das Land von einem Fiasko ins nächste. Die Resultate kann man nicht anders bewerten. Die Armut ist viermal größer als in Dänemark. Die Armutsgrenze liegt

in Bulgarien bei 158 Euro liegt. Davon kann man allerdings nicht leben. Betrachtet man den Einkommensdurchschnitt der EU, dann liegt Bulgarien mit 46% an letzter Stelle. Während auf der einen Seite 40% aller Bulgar*innen in bitterer Armut leben, gibt es auf der anderen Seite 15 Milliardäre. Seit Jahren sinkt die Steuerquote für Reiche, doch die Mehrwertsteuer liegt bei 21%.

Misstrauen und Hass sind die Folge einer im Ganzen erfolglosen Entwicklung seit der Wende. Bei der Suche nach Schuldigen richtet man den Blick auf die üblichen Sündenbocke: Nicht-Bulgar*innen, Homosexuelle, die EU.

Bulgarien ist heute keine offene Gesellschaft, es sind nur wenige, kleine Schritte der Öffnung zu erkennen. Leider haben auch Linke dazu in Bulgarien bislang keinen großen Beitrag geleistet. Angesichts ihres derzeitigen Zustands sind sie auch keine Hoffnungsträger*innen,

Viele Bürger*innen wissen nicht, wen sie wählen sollen. Kaum eine der Parteien thematisiert ausreichend soziale Fragen.

Die einzig stabile Wählerschaft haben die Rechtskonservativen und Faschist*innen.

Bulgarien gehört zweifellos zu den großen europäischen Verlierern der Wende. Weder Freiheit noch Wohlstand hatten im Zuge des Raubtierkapitalismus, der über Nacht dem Land übergestülpt wurde, eine Chance. Ich habe selten so viel Fatalismus erlebt wie in Sofia. Wohin die Entwicklung gehen wird, ist ein Rätsel. Dieses Land braucht einen Neuanfang. Der kann nicht von außen kommen. Die Bulgarinnen und Bulgaren müssen ihn für sich selbst entdecken.

Wir als Linke in Europa können da gute Partner*innen sein, unterstützen, ermutigen, die europäische Bühne nutzen, mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Aber die Tische, an denen ein neues Bulgarien ausgehandelt werden kann, müssen in Sofia und all anderen Orten dieses Landes stehen.

www.cornelia-ernst.eu

Lastschriftinzugserlaubnis

Spende in Höhe von €

- Spende **monatlich**
 Spende **quartalsweise**
 Spende **einmalig**

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Kontoinhaber/in (falls abweichend)

Kontoinhaber/in-Unterschrift (falls abweichend)

Datum

Unterschrift

Zum Ausschneiden und Versenden an:
 DIE LINKE. Dresden
 Großhainer Str. 93
 01127 Dresden

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
 Großhainer Straße 93, 01127 Dresden,
 Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
 www.dielinke-dresden.de
 E-Mail: Linksblatt@web.de
 V.i.S.d.P. Jens Matthis
 Satz und Layout: Max Kretzschmar
 Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sebastian Schindler, Jens Matthis, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Franziska Fehst, Lars Kleba, Ines Finkenwirth, Martin Hilbig, Dr. Cornelia Ernst, Dr. Margot Gaitzsch
 Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Cottbus